Überarbeiteter Text zur Petition von 2024 zur politischen Opfer Anerkennung der ermordeten Menschen in der Psychiatrie in Folge der „T4-Aktion“ des NS-Regimes als politisches Papier aus der Gedenkveranstaltung am 05.09.2025 heraus

Ausgehend vom Kontaktgespräch Psychiatrie wurde mit der Petition eine Anerkennung der Opfer des sogenannten „T4-Aktion“ gefordert. Psychisch kranke Menschen wurden in Folge der „T4-Aktion“in der NS-Zeit seit 1940 ermordet und schon seit 1933 zwangssterilisiert.

Im Rahmen der "Aktion T4" wurden insgesamt ca 170.000 – 200.000 Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Behinderungen systematisch ermordet.

Was haben diese Ereignisse vor dem Hintergrund der psychiatriepolitischen Diskussionen und Forderungen für eine Bedeutung? Wir nehmen einerseits eine zunehmende Stigmatisierung wahr und als Reaktion auf verschiedene Terroranschläge Forderungen nach Registrierung von psychisch kranken Menschen um sie als mögliche „Gefährder“ zu identifizieren.

Andererseits gibt es Diskussionen um die Anwendung von Zwang zur Behandlung psychisch erkrankter Menschen. Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass der Krankenhausvorbehalt bei Zwangsmaßnahmen nicht verfassungsgerecht ist und in bestimmten Fällen eine Zwangsbehandlung auch ambulant durchzuführen ist. Zudem fordert der Psychiaterverband DGPPN zu prüfen, ob es in bestimmten Fällen hilfreich sei, die Elektrokrampftherapie gegen den Willen von betroffenen Menschen durchzuführen.

Diese Entwicklungen machen es umso wichtiger, die Rechte von Menschen mit psychischen Erkrankungen zu stärken und den Auftrag, aus der Geschichte zu lernen, weiterhin sehr ernst zu nehmen.

Das Gedenken an die Opfer infolge der „T4-Aktion“ muss bewahrt werden. Eine Anerkennung der Opfer ist bis heute nicht erfolgt.

Wir hatten gefordert, dass all diese als Opfer anerkannt werden, jeder einzelne. Ihr Leben und ihr Sterben müssen aufgezeigt und gewürdigt werden. Ihre Namen sollten in ihren Wohnorten sichtbar sein, bspw. als Straßennamen oder auf Plätzen sowie an den Krankenhäusern, aus denen sie abgeholt wurden oder mittels Stolpersteinen; damit die die Erinnerung an diese Menschen hochgehalten wird; damit sie genau die gleiche Wichtigkeit erfahren wie andere Menschengruppen, die ermordet wurden, sowie den Respekt und die Würde erfahren, die im Rahmen der Universalität der Menschenwürde und -rechte allen Menschen zusteht.

Die (unterzeichnenden) Teilnehmenden der Gedenkveranstaltung fordern, dass es die politische Anerkennung für die Opfer, für ihre Nachfahren und ihr soziales Umfeld gibt.
Die Anerkennung darf nicht auf die Seite geschoben werden. Es könnte sonst der Eindruck entstehen, dass die Anerkennung dieser Opfergruppe von der Politik nicht so wichtig genommen wird.
Wir fordern, den Psychiatern, die in die Ermordung psychisch kranker und behinderter Menschen verstrickt waren, posthum die Approbation abzusprechen.

Es ist wichtig, sich an diese dunklen und entsetzlichen Ereignisse zu erinnern, um sicherzustellen, dass sich so etwas nie mehr wiederholt. Die Aufarbeitung und Erinnerung an die Verbrechen der Vergangenheit sind von zentraler Bedeutung, um Lehren zu ziehen und sich für eine menschenwürdige und respektvolle Behandlung aller Menschen einzusetzen, insbesondere jener mit psychischen Erkrankungen.

Weiterhin ist das Gedenken höchst aktuell und wir sehen mit Sorge auf die Entwicklungen in der Psychiatrie und lehnen Forderungen nach weiteren Zwangsmaßnahmen bzw. Optionen, um Menschen gegen ihren Willen zu behandeln, ab.